



Geschäftsstelle
Bildungsverein
Wedekindstr. 14
30161 Hannover
Tel.: 0511 - 338 798 54
Fax: 0511 - 338 798 42
nir@bildungsverein.de
www.nds-nir.de

Der Niedersächsische Integrationsrat begrüßt die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Hannover, 22. März 2016

Die Landesverbände der Gesetzlichen Krankenversicherungen haben zusammen mit dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eine Landesrahmenvereinbarung für eine elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber ausgearbeitet und unterzeichnet.

Niedersachsens Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Cornelia Rundt erklärte dazu, dass mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber der Diskriminierung und dem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand des jetzigen Bewilligungsverfahrens ein Ende gesetzt und Asylsuchenden eine menschenwürdige medizinische Versorgung gewährt werden solle. Bereits zum 1. April 2016 können die Kommunen das neue Angebot nutzen.

Der Niedersächsische Landtag hatte in einem Entschließungsantrag (Drs. 17/1619) gefordert, für alle Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Leistungen nach den Paragraphen 4 und 6 in Kooperation mit den Gesetzlichen Krankenversicherungen eine elektronische Gesundheitskarte einzuführen. Der Niedersächsische Integrationsrat hatte diesen Antrag in der Landtagskommission für Migration und Teilhabe unterstützt.

Schon auf ihrer Plenarsitzung am 26./27 Juli 2014 in Bad Pyrmont forderten die Delegierten des Niedersächsischen Integrationsrates:

Asylsuchende brauchen endlich einen Zugang zur Krankenversicherung. Sie dürfen nicht nur in Notfällen behandelt werden, sondern haben ein Recht auf umfassende medizinische Versorgung. Eine Einschränkung der medizinischen Behandlung auf sogenannte Notfälle führt häufig erst zu einer Ausbildung von schweren Folgeerkrankungen. Durch eine Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenversicherung können solche Zustände verhindert werden. Deshalb fordert der NIR einen diskriminierungsfreien Zugang für Flüchtlinge und eine Gleichbehandlung bei der Krankenversorgung.

gez. Vorstand und Geschäftsführer des Nds. Integrationsrates

Im Auftrag der Mitgliedsgruppen des Niedersächsischen Integrationsrates:

- Integrationsbeirat der Stadt Bad Pyrmont
- Integrationsausschuss der Stadt Braunschweig
- Integrationsrat der Stadt Emden
- Integrationsbeirat der Stadt Garbsen
- Integrationsrat der Stadt Göttingen
- Internationaler Ausschuss der Landeshauptstadt Hannover
- Migrationsrat des Landkreises Hameln-Pyrmont
- Migrationsbeirat der Stadt Hildesheim
- Integrationsbeirat der Stadt Langenhagen
- Integrationsbeirat von Hansestadt und Landkreis Lüneburg
- Ausschuss für Migration der Stadt Oldenburg
- Beirat für Migration der Stadt Osnabrück
- Integrationsausschuss der Stadt Salzgitter
- Integrationsrat der Gemeinde Weyhe
- Netzwerk Integration der Stadt Wilhelmshaven

Niedersächsischer Integrationsrat

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung